

Vor etwas mehr als einem Jahr,
am 16. September 2019,
haben wir Ihnen unsere Ziele
für die neue Legislaturperiode 2019-2024 vorgestellt.

Vor einem Jahr
hatten wir uns eine rekordverdächtige Anzahl an Reformen vorgenommen,
um unsere Gemeinschaft zukunftsfähig zu machen.

Wir wollten in all unseren Zuständigkeitsbereichen verändern zu bewahren.

**Und bei der Vorstellung des Ursprungshaushaltes 2020,
am 14. Oktober 2019
hatten wir Ihnen bewiesen,
dass wir unsere ehrgeizigen Ziele auch finanzieren konnten.**

Wir hatten beispielsweise den Unterrichtshaushalt
um 2,5 Millionen EUR erhöht,
um zusätzliche Kindergartenassistenten und Lehrpersonen einstellen zu können.

Die mittelständische Ausbildung wurde strukturell aufwertet.

Wir hatten die Zuwendung für die Kleinkindbetreuung
strukturell um 10 % angehoben.

Die Mittel für professionelle Kulturträger wurden um 30 % erhöht.

Sehr viel mehr Geld hatten wir für die Seniorenpflege vorgesehen.

Auch der Sport sollte zusätzliche Mittel bekommen.

Und trotzdem konnten wir,
wie der Rechnungshof bestätigt hatte,
die schwarze Null dauerhaft aufrechterhalten.

**Als einzige Gemeinschaft in Belgien war es uns gelungen,
zum dritten Mal in Folge
einen ausgeglichenen Haushalt zu hinterlegen.**

Obwohl sich schon damals die Wirtschaftsparameter
deutlich verschlechtert hatten.

Die DG musste wegen der schwächelnden Konjunktur
damals schon mit jährlichen Mindereinnahmen
in Höhe von 6,3 Millionen rechnen.

Trotzdem konnten wir im laufenden Haushalt 2020
immer noch mit einem Überschuss von 11,3 Millionen rechnen,
den wir integral in Infrastrukturprojekte investieren durften.

11 Millionen Überschuss im laufenden Haushalt...

Das war im Vergleich zu anderen nicht schlecht.

Anderswo in Belgien gibt es nämlich
schon lange überhaupt keine Überschüsse mehr.

Aber für uns war das ein Rückgang.

11 Millionen EUR Überschuss,
das war deutlich weniger als in den Jahren zuvor,
mit konkreten Folgen für unsere Investitionsfähigkeit.

Zur Erinnerung:

Da die strengen europäischen Buchhaltungsregeln
unsinnigerweise
keine Abschreibungen von Investitionen erlauben,
müssen wir unsere Investitionen in Infrastrukturprojekte
auf den Überschuss im laufenden Haushalt begrenzen.

Man darf nur genau den Betrag in Infrastruktur investieren,
den man im laufenden Haushalt als Gewinn erwirtschaftet.

Erzielt man keine Überschüsse im laufenden Haushalt,
darf man gar nicht mehr investieren.

Die anderen Gemeinschaften unseres Landes erzielen keine Überschüsse,
also dürfen sie theoretisch gar nicht in Infrastruktur investieren.

Das ist der Grund dafür,
dass alle anderen Gliedstaaten in Belgien
seit Jahren auf die Technik der Neutralisierung von Investitionen zurückgreifen.

Darauf komme ich später noch einmal zurück.

Da der Überschuss im laufenden Haushalt unserer Gemeinschaft wegen der sinkenden Einnahmen zurückzugehen drohte, durften wir weniger in Infrastrukturprojekte investieren als in den Jahren zuvor.

Die Investitionsfähigkeit der DG drohte zu sinken.

Das haben wir in der Haushaltsdebatte vor einem Jahr transparent dargelegt und mit Zahlen untermauert.

Deshalb wollten wir uns damals parteiübergreifend damit beschäftigen, wie wir die Investitionsfähigkeit der DG trotz sinkender Überschüsse stärken könnten, um z.B. in Klimaschutz und Digitalisierung zu investieren.

Aber Eines war klar:

Unser Haushalt war ausgeglichen. Dauerhaft ausgeglichen.

Daran bestand kein Zweifel.

Das hatte der Rechnungshof bestätigt.

Dann aber kam Corona...

die größte sanitäre Krise und die größte wirtschaftliche Krise seit dem 2. Weltkrieg.

Die Wirtschaftsparameter stürzten ins Bodenlose.

Innerhalb von nur 8 Wochen korrigierte das Planbüro die Prognose für das Wirtschaftswachstum in Belgien um 9 % nach unten, von + 1,1 % auf – 8 %.

Mittlerweile geht man von -7,4 % aus.

Einen solch dramatischen Absturz hat es in Friedenszeiten noch nie gegeben.

**Und wir als Regierung der DG
haben unmittelbar darauf reagiert.**

Als einzige Gemeinschaft unseres Landes

haben wir dem Parlament

noch vor der Sommerpause

eine Anpassung unseres Haushaltes vorgelegt,

unsere Einnahmen in einem nie gekannten Ausmaß gekürzt

und eine neue, angepasste finanzpolitische Strategie entworfen,

um die Folgen der Krise zu bewältigen.

Wir erleben heute die größte Rezession

seit der Großen Depression in den 1930er Jahren.

Den neuesten Prognosen zufolge sinken unsere Einnahmen

alleine in Jahren 2020 und 2021

um insgesamt 36,9 Millionen EUR.

Niemand kann ausschließen,
dass es sogar noch schlimmer kommt.

Die schwarze Null unter diesen Bedingungen aufrechterhalten zu wollen,
würde einem sozialen Kahlschlag gleichkommen.

Einen ausgeglichenen Haushalt
kann man unter diesen Voraussetzungen nur erreichen,
wenn man die Zuschüsse für unsere Schulen, Krankenhäuser,
Wohn- und Pflegezentren ,
Gemeinden und Kinderbetreuungseinrichtungen
dramatisch kürzt.

Das aber wollen wir nicht tun.

Das werden wir nicht tun.

Das haben wir schon vor der Sommerpause unmissverständlich klargemacht.

Lebenswichtige Dienstleistungen für die Menschen zusammenzustreichen,
das wäre die falscheste Antwort auf diese Krise.

Stattdessen haben wir schon vor der Sommerpause vorgeschlagen,
den Menschen mit einer angepassten finanzpolitischen Strategie zu helfen.

**Diese Strategie besteht bekanntlich aus 3 Bausteinen;
man könnte auch von 3 Etappen sprechen:**

1)Hilfspakete schnüren und in die Menschen investieren,

um unsere Heimat zukunftsfähig zu machen

und dafür zu sorgen,

dass es sich auch nach der Krise

in Ostbelgien gut leben und arbeiten lässt.

2)die Grundlage dafür schaffen,

dass der **laufende Haushalt möglichst schnell,**

am besten schon zu Beginn der kommenden Legislaturperiode,

wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

3)die Grundlage dafür schaffen,

dass danach auch der **Gesamthaushalt**

nach den Kriterien der europäischen Buchhaltungsregeln

wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

Diese Strategie haben wir Ihnen

im Rahmen der 1. Haushaltsanpassung vorgeschlagen

und versprochen,

dass wir den Sommer nutzen würden,

um diese Strategie zu konkretisieren.

Nun, das haben wir getan.

**Vor 3 Wochen,
am 21. September,
haben wir Ihnen 20 konkrete Projekte vorgeschlagen,
die dazu beitragen sollen,
die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.**

20 zukunftsorientierte Projekte,
die uns dabei helfen sollen,
unseren Standort zukunftsfähig zu machen,
die Lebensqualität in Ostbelgien zu sichern
und neue Lebensperspektiven zu ermöglichen.

So wollen wir zum Beispiel die **Gesundheitsversorgung**
durch zusätzliche Investitionen verbessern.

Wir wollen die **Seniorenpflege** stärken,
indem wir die Gehälter des Pflegepersonals massiv erhöhen,
die Personalnormen verbessern,
zusätzliche Plätze in den Wohn- und Pflegezentren finanzieren,
die häuslichen Hilfen ausbauen
und ein Pflegegeld einführen.

Wir wollen zudem eine **Digitalisierungsoffensive** starten,
u.a. indem wir einen flächendeckenden Glasfaserausbau verwirklichen.

Wir wollen einen nachhaltigen Beitrag zum **Klimaschutz** leisten,
indem wir u.a. unsere Investitionen in den Klimaplan,

in energetische Sanierungen,
in nachhaltige Mobilität und in Energieeffizienz
vervielfachen.

Wir wollen die **regionale Wertschöpfung** unterstützen,
u.a. durch die Förderung von regionalen Produkten
und die Einführung einer Regionalwährung.

Wir wollen die **Solidarität** in unserer Gemeinschaft fördern,
u.a. in dem wir ehrenamtliches Engagement verstärkt unterstützen
und Armut bekämpfen.

Wir wollen durch Investitionen und gezielte Reformen
die **Bildungsqualität und die Bildungsgerechtigkeit** verbessern.

Wir wollen **neue Angebote in der Kinderbetreuung** schaffen,
damit jedes Kind mit einem Betreuungsbedarf
auch einen Betreuungsplatz bekommt.

Wir wollen **Menschen schneller in Arbeit bringen**
und den Fachkräftemangel bekämpfen.

Wir wollen eine **nachhaltige Raumordnungspolitik** auf den Weg bringen
und gleichzeitig **Gewerbe- und Industriezonen erweitern**.

Wir wollen für **preisgünstigen Wohnraum** sorgen,

neue Wohnungen bauen

und den gesamten bestehenden öffentlichen Wohnungspark sanieren.

Und nicht zuletzt wollen wir **unsere eigene Verwaltung modernisieren.**

Um nur einige Beispiele zu nennen.

Das und noch viel mehr

haben wir uns für die kommenden Jahre vorgenommen.

Zu diesem Zweck

haben wir ein nie dagewesenes **Investitionsprogramm** erarbeitet

und vorgeschlagen,

600 Millionen EUR in unseren Standort,

in unsere Lebensqualität,

ja,

in unsere Lebensperspektiven zu investieren.

Wir wollen in den kommenden 10 Jahren

150 Millionen EUR für den Schulbau zur Verfügung stellen.

80 Millionen für die Erweiterung von Industrie- und Gewerbebezonen.

65 Millionen für die Schaffung von zusätzlichen Plätzen in den Wohn- und

Pflegezentren für Senioren

50 Millionen EUR für Direktinvestitionen

in den integrierten Energie- und Klimaplan.

60 Millionen für die komplette energetische Sanierung
des öffentlichen Wohnungsparks
und den Bau von 100 neuen Wohnungen.

40 Millionen für den flächendeckenden Ausbau einer Glasfaserinfrastruktur

10 Millionen für neue Infrastrukturprojekte in unseren Krankenhäusern.

10 Millionen für Infrastrukturvorhaben in der Jugendhilfe.

15 Millionen für den Ausbau von Kinderkrippen.

10 Millionen für die Renovierung und den Ausbau von Tagesstätten.

50 Millionen für die energetische Sanierung der Gemeinschaftszentren.

Und 60 Millionen für den klassischen Infrastrukturplan,

über den wir bekanntlich

die Projekte von Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen

in all unseren Zuständigkeitsbereichen finanzieren.

Von diesen 600 Millionen sollen bereichsübergreifend

181,5 Millionen EUR dem Klimaschutz dienen.

Das,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ist ohne Zweifel ein großer **Kraftakt!**

Das war, ist und bleibt unser Vorschlag,

zu dem wir einen parteiübergreifenden **Dialog**

hier im Parlament angeregt haben.

Wir sind weiterhin gerne bereit,
Anpassungen an diesem Programm vorzunehmen
und konstruktive Abänderungsvorschläge der Opposition aufzugreifen.

Wir halten es für wünschenswert und für machbar,
zu einem so ehrgeizigen Investitionsprogramm
einen breiten Konsens zu erzielen.

Zumal sich das Programm über 2 Legislaturperioden erstreckt.

Die Regierung ist jedenfalls ausdrücklich dazu bereit.

Selbstverständlich gehört es zu unserer Verantwortung aufzuzeigen,
wie diese Ziele finanziert werden können,
woher das Geld kommen soll,
welche Auswirkungen solche Investitionen
auf unsere langfristige Finanzplanung haben
und wie aufgenommene Schulden
zurückbezahlt werden können.

Vor 2 Wochen haben wir
in der Debatte über unsere Regierungserklärung
versprochen,
diese Fragen
bei der Hinterlegung der neuen Haushaltdokumente zu beantworten.

Dieses Versprechen lösen wir heute ein.

Auf mehr als **1000 Seiten** haben wir
die Ergebnisrechnung 2019,

die 2. Haushaltsanpassung 2020,
den Ursprungshaushalt 2021
und die mittelfristige Finanzplanung dargestellt und begründet.

Damit werden sich die Ausschüsse unseres Parlamentes
in den kommenden Monaten intensiv beschäftigen.

Grundlage für alles,
was wir tun,
ist die neue angepasste finanzpolitische Strategie,
die ich eben in Erinnerung gerufen habe.

Ich gehe heute nur auf die wichtigsten Parameter und Veränderungen ein.

Die **coronabedingten Einnahmenverluste**
betragen in den Jahren 2020 und 2021
insgesamt **36,9 Millionen EUR**.

Gleichzeitig haben wir für diese beiden Jahre
Hilfspakete in Höhe von **63 Millionen EUR** geschnürt.

In diesem Jahr geben wir 39,2 Millionen EUR aus,
um den Menschen in dieser Krise zu helfen.

2021 kommen weitere 23,8 Millionen EUR hinzu.

Dazu gehört der vorerst normneutrale Corona-Hilfsfonds
in Höhe von 10 Millionen EUR.

Dazu gehört auch der Ankauf von Schutzmaterial
für Gesundheitsdienstleister
in Höhe von 8,1 Millionen EUR:

5,6 Millionen in diesem Jahr und weitere 2,5 Millionen in 2021.

Mit diesem Geld werden wir übrigens
neben dem Ankauf von klassischem Schutzmaterial
auch eigene Laborkapazitäten im Ausland einkaufen,
damit zumindest hierzulande
die viel zu lange Zeit
zwischen dem Coronatest und dem Testergebnis
verkürzt werden kann.

Viele Menschen warten 5-7 Tage auf ihr Testergebnis.

Das ist viel zu lange!

Auch wenn das nicht unsere Zuständigkeit ist,
werden wir deshalb in Kürze
den Auftrag für den Ankauf von zusätzlichen Kapazitäten im Ausland erteilen,
um die föderale Teststrategie zu ergänzen.

Mit unseren Hilfspaketen
finanzieren wir zudem
bspw. die Einkommensentschädigungen für Tagesmütter,
die Erhöhung der Mittel für die Kinderbetreuung,
die Sonderzuschüsse für unsere Gemeinden und ÖSHZ,
die Prämien für die Tourismusbetriebe,
die Zuschussgarantien für den nicht kommerziellen Sektor,
die Aufwertung von Gehältern in der Seniorenpflege,

den Sonderzuschlag auf das Kindergeld,
von dem immerhin 2828 Kinder profitieren,
verschieden Maßnahmen in unseren Schulen
und die neuen finanziellen Anreize,
um arbeitslos gewordene Menschen
schnell wieder in Arbeit zu bringen.

Im Vergleich zur ersten Anpassung des Haushaltes 2020,
erhöhen wir jetzt den Bildungshaushalt noch einmal um 2,7 Millionen EUR
– und zwar strukturell,
also jährlich wiederkehrend.

Mit diesem Geld werden
zusätzliche Förderpädagogen
und (im Verhältnis zur Schülerzahl)
zusätzliche Lehrpersonen
in den Sekundarschulen eingestellt.

Mehr Geld gibt es auch für Fachberater in der Medienpädagogik,
für die Förderung von Hochbegabten,
für den Umgang mit LRS,
für den differenzierten Unterricht,
für die Aufwertung des Zentrums für Förderpädagogik,
für die Anerkennung des Elternurlaubs bei der Jahresendprämie
und für die Stärkung der Direktionssekretariate in den Sekundarschulen.

Mit den zusätzlichen Finanzmitteln sollen darüber hinaus
neue Initiativen zur Förderung der Mehrsprachigkeit,

zur Weiterbildung von Kindergärtnern
und zur Förderung von Integration und Heterogenität
ermöglicht werden.

Zusätzliche Mittel werden zudem vorgesehen
für die Umsetzung der geplanten Strukturreform
in den technischen Aus- und Weiterbildungen.

Außerdem werden jetzt
in allen Sekundarschulen
Stellen für IT-Beauftragte geschaffen.

Die Gehälter für Führungskräfte in unseren Schulen
sollen in Kürze
ebenfalls spürbar angehoben werden.

Das wird seit längerem gefordert.

Die hierfür notwendigen Finanzmittel
haben wir jetzt in den Haushalt eingetragen.

Mehr Geld soll es jetzt auch für die Ausbildung von pädagogischen
Führungskräften geben.

Die Gehälter für das Arbeitspersonal werden um 2 % erhöht.

Hinzukommt eine monatliche Unkostenpauschale
für die PC- und Internetkosten von Lehrpersonen.

Das IAWM und Kaleido erhalten ihrerseits zusätzliche Mittel, um ihre Informatikausrüstung zu verbessern.

Die mit Abstand **größten Erhöhungen** sehen wir aber erneut für **die Bereiche Familie, Senioren, Gesundheit und Soziales** vor.

Wir erhöhen die Zuwendungen für diesen sogenannten OB 50 um weitere **6,5 Millionen EUR**.

Die Familienleistungen (Kindergeld) werden um 1 Million EUR erhöht.

Die Jugendhilfeeinrichtungen erhalten etwa 8% mehr Geld.

Die Mittel für die Integration von Menschen mit einem Unterstützungsbedarf werden um 36 % angehoben.

Die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung werden um 32 % erhöht.

Hinzukommt einer spürbare Erhöhung unserer Ausrüstungs- und Ausstattungssubventionen für die Krankenhäuser

Für die **Seniorenpflege** sehen wir sogar eine Erhöhung um 4,1 Millionen vor.

Das entspricht einer Steigerung um 13 %.

Das ist die mit Abstand **größte Aufwertung, die die Seniorenpflege jemals erfahren hat!**

Damit wollen wir natürlich vor allem das neue Abkommen finanzieren, das wir mit den Sozialpartnern für diesen Bereich vereinbart haben.

Die Personalmitglieder in den **Wohn- und Pflegezentren für Senioren** werden also schon sehr bald in den Genuss der **versprochenen Gehaltserhöhungen** kommen.

Die Finanzmittel für die Kinderbetreuung werden ebenfalls erneut angehoben;

und zwar um 13 %,

nachdem wir sie bereits im Ursprungshaushalt 2020 um 50 % erhöht und in der letzten Legislaturperiode sogar verdoppelt worden waren.

Wir halten also konsequent an unserem Anspruch fest, den Masterplan für die Kleinkindbetreuung zu verwirklichen.

In unserer Regierungserklärung vom 21. September haben wir konkrete Projekte hierfür benannt.

Sie sehen also, wir reden nicht nur, wir handeln auch!

Für den Denkmalschutz sehen wir Erhöhungen vor, u.a. um die vielversprechenden Ausgrabungen in St.Vith finanzieren zu können.

Der Kulturhaushalt wird 2021 um 12 % erhöht, nicht zuletzt um das neue Abkommen umzusetzen, das wir mit den Sozialpartnern für den sozio-kulturellen Sektor geschlossen haben.

Die Finanzmittel für den Sport werden um 35 % erhöht,
um die angestoßenen Reformen
zur Aufwertung des Sports in unserer Gemeinschaft zu finanzieren.

Für das in der Regierungserklärung
angekündigte Dekret zur Förderung des Journalismus
sehen wir 60.000 EUR vor.

Das ist ein vergleichsweise kleiner
aber sinnvoller Beitrag zur Stärkung des regionalen Journalismus.

Soviel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
zu den wichtigsten Veränderungen bei den laufenden Ausgaben.

Kommen wir zur **Infrastrukturpolitik**.

Wie versprochen,
haben wir **600 Millionen EUR** für Infrastrukturinvestitionen
in die mittelfristige Haushaltplanung eingetragen,
wovon etwa 150 Millionen alternativ finanziert werden sollen.

In den aktuellen **Infrastrukturplan 2020-2021**
haben wir insgesamt **238 konkrete Infrastrukturprojekte** aufgenommen.

Hierfür sehen wir Zuschüsse in Höhe von insgesamt knapp **115 Millionen EUR** vor; darin enthalten sind bereits 80 Millionen für das neue Schulbauprogramm.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten und auf europäischer Ebene haben wir beschlossen,

das neue Schulbauprogramm für die Schulstandorte in Kelmis und St.Vith nicht über ein PPP-Verfahren sondern auf klassische Art und Weise zu finanzieren.

Aus denselben Gründen haben wir zudem entschieden, den **PPP-Vertrag für das 1. Schulbauprogramm aufzulösen und unsere Schulden vorzeitig zurückzuzahlen.**

77% der für dieses und für das kommende Jahr vorgesehenen **Infrastrukturzuschüsse fließen in die Sanierung, den Ausbau und den Neubau von Schulen.**

Im Gegensatz zu vorherigen Jahren verzichte ich heute darauf, die 238 Projekte des Infrastrukturplans einzeln aufzulisten.

Mit Blick auf die Redezeit sind es diesmal einfach zu viele Projekte.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir jedes einzelne dieser 238 Projekte nicht nur mit den Antragstellern sondern auch mit allen Gemeinden gründlich besprochen haben.

Wir halten all diese Projekte für sinnvoll.

Sie tragen dazu bei,
die Lebensqualität und die Dienstleistungen
in Ostbelgien zu verbessern.

Wie alle anderen belgischen Gliedstaaten das seit langem tun,
greifen auch wir
jetzt auf die Technik
der Neutralisierung von Infrastrukturinvestitionen zurück.

Das hatten wir schon vor dem Sommer
bei der Vorstellung des 1. Anpassungshaushaltes
als Reaktion auf die Krise angekündigt.

Dabei bleiben wir.

**Was bedeutet all das nun für unsere Haushaltsergebnisse,
für die mittelfristige Finanzplanung
und für die Verschuldung der DG?**

Die Haushaltsergebnisse der Jahre 2019, 2020 und 2021
und die diesen Ergebnissen zugrunde liegenden Parameter
habe ich Ihnen bereits
letzte Woche in einer gemeinsamen Sitzung aller Ausschüsse erläutert.

Zur Erinnerung:

2019 haben wir einen ausgeglichenes Haushaltergebnis erzielt;
abgesehen natürlich von der buchhalterischen Abwicklung

der Übernahme von Passiva und Aktiva,
die mit der Übertragung der neuen Zuständigkeit für den Wohnungsbau
einherging.

**Das Haushaltsergebnis 2019 schließt
mit einem Überschuss in Höhe von 344.000 EUR;**
nachdem wir 2018 bereits einen Überschuss von 1,1 Millionen erzielt hatten.

Wir sind die einzige Gebietskörperschaft mit Gesetzgebungshoheit in ganz
Belgien,
der das gelungen ist.

**Für das Jahr 2020 müssen wir jedoch
mit einem Defizit in Höhe von 45,2 Millionen EUR rechnen.**

Berücksichtigt werden muss dabei
– nach SEC-Logik -
die Neutralisierung von Infrastrukturinvestitionen
in Höhe von 22,9 Millionen EUR;

**Für das Jahr 2021 rechnen wir
mit einem Defizit in Höhe von 25,3 Millionen EUR;**
wobei in einer Größenordnung von 24,5 Millionen
auf die Technik der Abschreibung von Infrastrukturinvestitionen
zurückgegriffen wird.

Kolleginnen und Kollegen;

die mittelfristige Finanzplanung zeigt auf,
dass wir **bereits zu Beginn der kommenden Legislaturperiode**
den laufenden Haushalt
und gegen Ende der kommenden Legislaturperiode
sogar wieder den gesamten Haushalt
nach den Kriterien der strengen europäischen Buchhaltungsregeln
ins Gleichgewicht bringen können.

Genau das hatten wir uns
in unserer angepassten finanzpolitischen Strategie vorgenommen:

Wir wollen jetzt **in einer ersten Phase antizyklisch handeln**,
wir wollen in die Menschen,
in unseren Standort
und in die regionale Wirtschaft investieren.

Das ist ganz eindeutig das Gebot der Stunde.

Dazu sind wir fest entschlossen.!

Aber wir sind genauso **fest entschlossen**,
in einer 2. Phase den laufenden Haushalt
und **in einer 3. Phase den Gesamthaushalt**
wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Dafür werden wir alle notwendigen Grundlagen schaffen.

**Die Abkehr von der schwarzen Null darf nicht von Dauer sein;
sie muss unbedingt zeitlich begrenzt werden!**

Wir müssen also mittelfristig wieder zum Haushaltsgleichgewicht zurückfinden.

**Und die Finanzplanung beweist zweifelsfrei,
dass wir dazu nicht nur gewillt
sondern auch in der Lage sind!**

In der Zwischenzeit werden wir für unsere Investitionen
neue Schulden aufnehmen müssen.

Da gibt es nichts weg- und nichts schönzureden.

Das ist so.

Schulden sind an sich
ja auch nicht schlimm,
wenn mit diesem Geld in die Menschen investiert wird;
wenn damit die richtigen inhaltlichen Prioritäten finanziert werden;
wenn also diese Investitionen den Menschen dienen
und unsere Heimat zukunftssicher machen.

Die DG hat in den letzten Jahrzehnten
nie Schulden für laufende Ausgaben gemacht.

Sie hat lediglich einen Teil
ihrer Infrastrukturinvestitionen
über Anleihen finanziert.

Sie hat etwa 900 Millionen EUR in Infrastruktur investiert,
vorwiegend
in Schulen, Krankenhäuser, Seniorenheime, Kultur- und Sportanlagen.

Und sie hat dafür Schulden in Höhe von knapp 500 Millionen aufgenommen.

Sie hat also fast die Hälfte
all ihrer Investitionen in Infrastruktur
mit Eigenmitteln,
ohne irgendeine Form von Fremdfinanzierung verwirklicht.

**900 Millionen EUR Investitionen in bleibende Werte
stehen 500 Millionen Anleihen gegenüber**

– das ist im Vergleich zur privaten Wirtschaft
ein guter
und im Vergleich zu anderen staatlichen Einrichtungen
sogar ein sehr guter Wert.

Und die DG ist nachweislich die einzige staatliche Einheit in Belgien,
der es in den letzten Jahren gelungen ist,
trotz der überaus strengen europäischen Buchhaltungsvorschriften,
einen ausgeglichenen Gesamthaushalt zu erzielen.

Wir werden von anderen
und nicht zuletzt von den Finanzmärkten
als finanzpolitischer Musterschüler angesehen.

Wir erhalten deshalb günstigste Zinskonditionen.

Das Vertrauen der Banken in unser Handeln ist ungebrochen groß.

Die Banken wollen ihr Geld weiterhin bei uns anlegen
und sie zahlen mittlerweile sogar dafür.

**Zu behaupten,
die DG sei überschuldet,
wäre also blanker Unsinn.**

Unsere Verschuldung ist absolut verkräftbar.

Die Frage aber,
wie viele neue Schulden wir uns in Zukunft erlauben können,
ist sehr berechtigt.

Wo liegt die Obergrenze für unsere Verschuldung?

Ab wann wird es brenzlig?

Wie weit dürfen wir gehen?

Das sind wichtige Fragen,
die wir uns natürlich auch gestellt haben.

Und darauf müssen wir eine Antwort geben.

Damit haben wir uns in den letzten Wochen sehr intensiv auseinandergesetzt.

Unser Finanzdienst hat unermüdlich daran gearbeitet.

Nun gibt es für die Bewertung einer Verschuldung

in der Literatur

sehr viele Referenz- und Vergleichsmodelle.

Einige sind auf uns anwendbar; andere sind es nicht.

Meistens sind sie sehr technisch
und für die Bevölkerung kaum nachzuvollziehen.

Wir haben viele dieser Modelle untersucht
und mit unserer Situation verglichen.

Ich kann Ihnen verraten,
dass wir in all diesen Modellen immer sehr gut abgeschnitten haben;
sowohl im innerbelgischen Vergleich
als auch im Vergleich zu anderen Regionen in Europa.

Manchmal hinkte dieser Vergleich aber;
so zum Beispiel,
wenn wir unsere Verschuldung mit dem **BIP**
unserer Gemeinschaft vergleichen.

Die Maastrichtkriterien sehen hierfür bekanntlich
einen Referenzwert von 60 % vor.

Als DG liegen wir unterhalb von 20 %;
stehen also sehr gut da.

Aber das BIP ist in unseren Augen
kein wirklich aussagekräftiger Vergleichswert.

Man könnte auch die **Zinslastquote** zu Rate ziehen.

Wieviel Prozent meiner Einnahmen
muss ich für den Schuldendienst
bzw. für die Zinszahlungen aufbringen?

Wenn wir diesen Vergleich anstellen,
stehen wir ebenfalls sehr gut da.

Die Bundesrepublik Deutschland bspw.

gibt derzeit 3,3 % ihrer Einnahmen
für die Zahlung von Zinsen aus.

NRW sogar 9%.

Und die DG?

Wir müssen nur 1,5 % unserer Einnahmen für Zinszahlungen aufbringen.

Selbst im Vergleich zu reichen Ländern und Regionen in Europa
ist das ein guter Wert.

Wir müssen also im Proporz
weniger Zinsen zahlen
als Regionen wie NRW oder Staaten wie Deutschland

Demzufolge belasten die Schulden unseren Haushalt weniger,
als das in Deutschland der Fall ist.

Das sind interessante Vergleiche.

Aber was sagen sie eigentlich aus?

Beantworten sie wirklich die Frage,
ob eine Verschuldung verkraftbar ist oder nicht?

Wir denken: eigentlich nicht.

**Wirklich entscheidend für die Bewertung einer Verschuldung
ist nämlich die Frage,
ob man in der Lage ist,
seine Schulden wieder zurückzuzahlen.**

Entscheidend ist die **Rückzahlungsfähigkeit.**

Das gilt für den privaten Häuslebauer
genauso wie für ein privates Unternehmen.

Das muss auch für den Staat gelten.

Entscheidend ist immer die Frage:

**Wieviel Prozent meines Einkommens muss ich aufbringen,
um meine Schulden zurückzuzahlen?**

Kann ich mir die Verschuldung also leisten, oder kann ich das nicht?

Kann ich die Verschuldung verkraften, oder nicht?

Und für die Bewertung der Rückzahlungsfähigkeit gibt es in der Wissenschaft klare Richtlinien.

Der private Häuslebauer

sollte nicht mehr als 30 % seines Einkommens aufbringen müssen, um seine Raten zurückzuzahlen.

Mit diesem Referenzwert arbeiten auch die Banken.

Wenn der Häuslebauer mehr als 30 % seines Einkommens in die Rückzahlung seiner Kredite investieren muss, dann wird es eng.

Für ein privates Unternehmen gibt es ebenfalls solche Richtlinien.

Dort spricht man in diesem Zusammenhang vom „dynamischen Verschuldungsgrad“.

Und auch **für staatliche Einrichtungen** gibt es **entsprechende Referenzwerte**.

Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang vom sogenannten „Schuldendienstdeckungsgrad“ eines Staates.

Schuldendienstdeckungsgrad – ich weiss, dieser Begriff ist nicht wirklich sexy.

Man kann das auch einfacher ausdrücken:

Es geht wie beim Häuslebauer um die Frage, wieviel Prozent meiner Einnahmen ich aufwenden muss, um meine Schulden komplett zurückzuzahlen.

Für den Häuslebauer gilt:

Er sollte nicht mehr als 30 % seines Einkommens für die Rückzahlung seiner Kredite aufbrauchen.

Für staatliche Einrichtungen sind diese Richtlinien strenger:

Eine staatliche Einrichtung sollte

– auf mehrere Jahre gestreckt -

für die komplette Rückzahlung aller Schulden

(Kapital und Zinsen inklusive)

nicht mehr als 20-25 % ihrer Einnahmen aufbringen müssen.

Leider überschreiten,

wie wir wissen,

sehr viele Gemeinden, Gemeinschaften, Regionen und Staaten

derzeit diesen Wert.

Dennoch sollten unserer Meinung nach

auch staatliche Einrichtungen

– genau wie jedes Unternehmen und jeder Häuslebauer -

darauf achten,

dass ihre Rückzahlungsfähigkeit gewährleistet bleibt.

Deshalb wollen wir zumindest hier in der DG darauf achten,

diesen Richtwert nicht zu überschreiten

und somit einer Überschuldung vorbeugen.

Wie ist es nun konkret um die Rückzahlungsfähigkeit in der DG bestellt?

Können wir uns ein Investitionspaket von 600 Millionen leisten?

Ist die damit verbundene Verschuldung für uns verkraftbar?

Sind wir auch dann noch in der Lage,
all unsere Schulden zurückzubezahlen?

Die Antwort ist : 3x ja!

Ja, wir können uns diese Investitionen leisten!

Ja, die damit verbundene Verschuldung ist verkraftbar!

**Und ja,
wir sind auch dann noch in der Lage,
all unsere Schulden zurückzuzahlen!**

Nun könnte ich nachvollziehen,
dass mancher Oppositionspolitiker mir das nicht aufs Wort glaubt.

Deshalb beweise ich es Ihnen:

Wir haben den Schuldendienstdeckungsgrad
neu
in die Simulation der langfristigen Finanzplanung
aufgenommen.

Sie können für jedes einzelne Jahr
erstens die Entwicklung des jeweiligen Schuldenstandes
und zweitens unsere Rückzahlungsfähigkeit
präzise nachvollziehen.

Wir zeigen für jedes Jahr präzise auf,
wieviel Prozent unserer Einnahmen wir bräuchten,
um alle Schulden innerhalb von 30 Jahren
komplett zurückzuzahlen.

Resultat:

Selbst wenn wir unser Investitionsprogramm
in Höhe von 600 Millionen EUR verwirklichen haben werden;
selbst dann,
würden wir nach heutigem Stand der Dinge
weniger als 10 % unseres Einkommens brauchen,
um all unsere Schulden komplett zurückzuzahlen.

Weniger als 10 %! Stand heute sind es sogar nur 6,4 %.

**Wir liegen also trotz der angekündigten Investitionen
jederzeit weit, sehr weit
unterhalb des Referenzwertes von 20-25 %.**

Unsere Rückzahlungsfähigkeit ist also zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Und darauf kommt es an!

Wir sind jederzeit in der Lage unsere Schulden zurückzuzahlen.

Genau darauf sollte ein Häuslebauer,
ein Unternehmen und ein Staat achten,
wenn er Kredite aufnimmt.

Genau das ist auch das entscheidende Kriterium,
das Banken berücksichtigen,
um Kredite zu vergeben.

Natürlich können wir zukünftige Entwicklung nicht vollends vorhersehen.

Wir können weder ausschließen,
dass sich die Wirtschaftsparameter weiter verschlechtern.

Noch können wir ausschließen,
dass wir irgendwann mit völlig unvorhersehbaren
Mehrausgaben konfrontiert werden.

Aber die Marge
zwischen unserer eingeplanten Verschuldung
und einer Obergrenze für unsere Verschuldung
ist sehr groß.

Wir sind nachweislich
sehr weit von einer Überschuldung entfernt.

Deshalb dürfen wir feststellen:

**Unsere Verschuldung war,
ist und bleibt absolut verkraftbar und rückzahlbar.**

Sollten wir entscheiden,
unsere Schulden komplett und integral zurückzuzahlen,
sind wir dazu im Stande.

**Wobei wir natürlich keinesfalls verpflichtet sind,
unsere Schulden jetzt schon komplett abzubauen.**

Angesichts der aktuellen Zinsenentwicklung
ist das weder notwendig noch sinnvoll.

Wir profitieren zurzeit von Negativzinsen.

Und selbst wenn die Zinsen wieder steigen,
wonach es im Moment überhaupt nicht aussieht,
stellt sich die Frage,
ob wir wirklich alle Schulden komplett abbauen
oder ob wir vorerst nur einen Teil unserer Verschuldung
in ein langfristiges, rückzahlbares Darlehen umwandeln wollen.

Es gibt nur sehr wenige Regionen und Staaten,
die komplett schuldenfrei sind.

Selbst Maastricht verlangt das nicht von uns.

Wie in jedem größeren Betrieb
kann ein intelligentes Schuldenmanagement
für unsere Gemeinschaft durchaus von Vorteil sein.

Darüber wollen wir im Ausschuss reden.

Die Regierung ist gerne bereit,
auch über diese Fragen
mit allen Fraktionen dieses Hauses konstruktiv auszutauschen.

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn dieser Legislaturperiode hatten wir nachgewiesen,
dass wir trotz sinkender Einnahmen
und
trotz zahlreicher Reformprojekte
in der Lage waren,
die schwarze Null dauerhaft zu erreichen.

Wegen der Coronakrise,
und nur wegen der Coronakrise,
müssen wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes
zeitweise aufgeben.

Auf der Grundlage einer neuen, angepassten finanzpolitischen Strategie wollen wir in einer ersten Phase antizyklisch handeln, den Menschen helfen, in unseren Standort investieren und die richtigen Lehren aus der Krise finanzieren.

So wie wir das in unserer Regierungserklärung angekündigt hatten.

Hierfür werden wir neue Schulden aufnehmen, die für unsere Gemeinschaft absolut verkraftbar sind.

Die Rückzahlungskapazität der DG ist jederzeit gewährleistet!

Gleichzeitig schaffen wir schon jetzt alle notwendigen Grundlagen dafür, in einer 2. Phase den laufenden Haushalt und in einer 3. Phase den Gesamthaushalt unserer Gemeinschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Die mittelfristige Finanzplanung beweist, dass wir das nicht nur schaffen wollen, sondern auch schaffen können!

Wir werden in den Ausschüssen natürlich um Ihr Vertrauen in unsere neue, angepasste Finanzstrategie werben.

Gleichzeitig ist die Regierung jederzeit zum parteiübergreifenden Dialog mit allen Fraktionen bereit.

Wir sind bereit, konstruktive Abänderungsvorschläge der Opposition wohlwollend aufzugreifen.

Wir werden uns in den kommenden Wochen intensiv über mehr als 1000 Seiten Haushaltsdokumente beugen, die wir Ihnen heute unterbreitet haben.

Ich wünsche uns sachliche und faire Haushaltsdebatten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

